

# Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i> .....		V
<i>Vorwort zur ersten Auflage</i> .....		VI
<i>Abkürzungsverzeichnis/Zitierweise</i> .....		XVII
<i>Zur Arbeit mit diesem Buch</i> .....		XXIII
Teil I		
<b>Verfassungsgestaltende Grundentscheidungen – Staatszielbestimmungen</b>		
<b>§ 1 Grundlagen: Staat und Verfassung – das Grundgesetz als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland</b> .....	1	1
I. Staat und Staatsrecht .....	1	1
1. Der Staat als Gegenstand des Staatsrechts .....	1	1
2. Die drei Elemente des Staatsbegriffs .....	2	1
a) Staatsgebiet und Staatsvolk .....	3	1
b) Die Staatsgewalt im Verfassungsstaat .....	5	2
c) Die Staatsgewalt im Bundesstaat .....	7	3
3. Staatlichkeit, Souveränität und Europäische Union .....	8	3
II. Das Grundgesetz als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland .....	11	4
1. Tragende Grundsätze: Art. 1 und Art. 20 GG .....	11	4
2. Das Grundgesetz als Verfassung im formellen und materiellen Sinn .....	14	6
3. „Pouvoir constituant“, „pouvoir constitué“ und europäische Verfassung .....	16	7
III. Zur Verfassungsinterpretation .....	20	8
<b>§ 2 Staatsvolk und Staatsgewalt: die parlamentarische Demokratie des Grundgesetzes</b> .....	23	9
I. Staatsgewalt in demokratischer Legitimation – parlamentarische Demokratie .....	25	10
II. Parlamentarische Demokratie – Funktionen des Parlaments .....	32	13
1. Funktionen des Parlaments – Überblick .....	35	14
2. Insbesondere: Budgetrecht und Euro-„Rettung“ .....	36	14
3. Parlamentsvorbehalte .....	38	15
III. Zwischen Staat und Gesellschaft: die politischen Parteien in der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes .....	46	19
1. Politische Parteien zwischen Staat und Gesellschaft – Funktion und Begriff .....	49	21

2. Freiheit und Gleichheit – verfassungsmäßige Rechte der Parteien . . . . .	53	23
3. Verfassungsfeindliche Parteien, Parteienprivileg und Parteiverbot . . . . .	57	24
4. Zwischen Freiheit und Chancengleichheit: Parteienfinanzierung und Verfassungsrecht . . . . .	60	26
5. Demokratische Binnenstruktur – innerparteiliche Demokratie . . . . .	63	27
6. Politische Parteien im Verfassungsprozess . . . . .	64	27
IV. Staatsbürgerliche Gleichheit und Chancengleichheit: Legitimation durch Wahlen – verfassungsrechtliche Anforderungen an das Wahlrecht . . . . .	69	30
1. Wahlrecht und Wahlsystem: Art. 38 GG . . . . .	73	31
2. Die Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 Abs. 1 GG . . . . .	77	32
a) Allgemeinheit der Wahl . . . . .	77	32
b) Unmittelbare, freie und geheime Wahlen, Öffentlichkeit der Wahl . . . . .	80	34
c) Wahlrechtsgleichheit . . . . .	84	35
3. Das Wahlrecht des BWG (2013) . . . . .	91	39
4. Wahlprüfungsverfahren . . . . .	99	42
5. Art. 38 Abs. 1 GG als grundrechtsgleiches Recht . . . . .	102	43
6. Nach der Wahl: Fraktions- und Regierungsbildung (Überblick) . . . . .	104	44
V. „Wahlen und Abstimmungen“ – direkte Demokratie . . . . .	108	47
1. Direkte Demokratie – Offenheit des Grundgesetzes . . . . .	110	48
a) Instrumente direkter Demokratie . . . . .	110	48
b) Offenheit des Grundgesetzes – Kriterien einer Verfassungsänderung . . . . .	111	48
2. Direkte Demokratie in den Ländern . . . . .	114	49
a) Verfassungsautonomie der Länder . . . . .	114	49
b) Gemeinsamkeiten und aktuelle Verfassungskonflikte . . . . .	115	50
VI. Demokratieprinzip und Europäische Integration . . . . .	123	52
1. Demokratische Legitimation der EU – Demokratiedefizit? . . . . .	125	53
a) Das Konzept der „doppelten“ Legitimation . . . . .	125	53
b) Strukturelle Demokratiedefizite . . . . .	126	53
2. Integration und Demokratie – Grenzen der Integrationsermächtigung . . . . .	128	54
a) Begrenzte Einzelermächtigung – keine „Kompetenz-Kompetenz“ . . . . .	128	54
b) Staatlichkeit und Verfassungsidentität als Schranke der Integration . . . . .	129	55
c) Die Rolle des Bundestags . . . . .	130	55
3. Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts zwischen Verfassungsidentität und Integrationsauftrag . . . . .	134	57
<b>§ 3 Das Gesetz als die zentrale Handlungsform des föderalen, demokratischen Rechtsstaats . . . . .</b>	<b>137</b>	<b>59</b>
I. Der materielle Rechtsstaat des Grundgesetzes . . . . .	138	59
II. Gesetzgebung im Grundgesetz – Gesetz und Verfassung . . . . .	141	61

1. Demokratische Legitimation und Rechtssicherheit:		
das Parlamentsgesetz im demokratischen Rechtsstaat . . . . .	142	61
a) Parlamentsgesetz und formeller Gesetzesbegriff . . . . .	142	61
b) Einzelfallgesetze . . . . .	147	63
2. Gesetzgebung in verfassungsrechtlicher Gebundenheit – Gesetzesprüfung . . . . .	150	64
III. Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes: Gesetzgebungs- kompetenzen . . . . .	156	66
1. Systematik der Kompetenzverteilung – Grundregel des Art. 70 GG . . . . .	162	67
2. Feststellung des einschlägigen Kompetenztitels . . . . .	169	69
a) Auslegung der Kompetenznormen . . . . .	170	69
b) Kompetenzmäßige Zuordnung: Subsumtion des Gesetzes unter die Kompetenznorm, Kompetenzqualifikation . . . . .	177	71
c) Zuständigkeitskataloge und ungeschriebene Bundes- kompetenzen . . . . .	181	72
3. Voraussetzungen der Kompetenzausübung – Art. 71, 72 GG . . . . .	186	75
a) Ausschließliche Bundeszuständigkeit, Art. 71 GG . . . . .	186	75
b) Konkurrierende Zuständigkeit, Art. 72 GG . . . . .	187	75
4. Zum Verhältnis von Bundesrecht und Landesrecht, Art. 31 GG . . . . .	198	79
IV. Verfahren der Bundesgesetzgebung . . . . .	209	84
1. Gesetzesinitiative . . . . .	212	85
a) Initiativrecht . . . . .	212	85
b) Zur weiteren Behandlung der Gesetzesinitiative . . . . .	215	87
c) „Outsourcing“ und Kooperation – aktuelle Probleme der parlamentarischen Gesetzgebung . . . . .	220	89
2. Beschlussfassung in Bundestag und Bundesrat . . . . .	221	89
a) Gesetzesbeschluss des Bundestags . . . . .	222	90
b) Beteiligung des Bundesrats . . . . .	225	91
c) Zustandekommen eines Gesetzes . . . . .	233	94
3. Ausfertigung und Verkündung: das Abschlussverfahren . . . . .	236	95
4. Verfahren der Verfassungsänderung . . . . .	241	97
a) Formelle Voraussetzungen . . . . .	242	97
b) Materielle Voraussetzungen . . . . .	243	97
V. Landesgesetzgebung . . . . .	244	98
VI. Offene Staatlichkeit: Völkerrecht und Europäisches Recht in der Rechtsordnung des Grundgesetzes – Unionsrecht und EMRK . . . . .	261	102
1. Rechtsquellen und innerstaatliche Geltung . . . . .	263	103
2. Unionsrecht in der Rechtsordnung des Grundgesetzes – EuGH und BVerfG . . . . .	264	103
a) Primäres und sekundäres Unionsrecht . . . . .	264	103
b) Vorrang des Unionsrechts – Identität des Grundgesetzes . . . . .	266	104
c) Identitätskontrolle und ultra-vires-Kontrolle durch das BVerfG . . . . .	268	105
d) Zum Rangverhältnis der Normen – Kollisionslagen und ihre Auflösung . . . . .	270	106
e) Gesetzgebungszuständigkeiten und EU-Recht . . . . .	282	110
3. Grundgesetz und EMRK . . . . .	285	111

<b>§ 4 Der Rechtsstaat des Grundgesetzes: Gewaltenteilung – rechtsstaatliche Grundsätze</b> .....	289	114
I. Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung: Gewaltenteilung ..	290	114
1. Gewaltenteilung im Grundgesetz: Legislative, Exekutive, Judikative .....	292	114
a) Gewaltenteilung: Begriff und Bedeutung .....	295	115
b) Legislative und Exekutive .....	296	115
c) Judikative .....	299	116
2. Gewaltenteilung: Gesetzmäßigkeit der Verwaltung – Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes .....	304	119
a) Vorrang des Gesetzes .....	310	120
b) Vorbehalt des Gesetzes für Eingriffsakte .....	313	121
c) Insbesondere: Gesetzesvorbehalt für staatliche Informationstätigkeit .....	319	123
d) Gesetzesvorbehalt und Leistungsverwaltung – kein Totalvorbehalt .....	324	125
e) Wesentlichkeitsvorbehalte .....	329	126
f) Zum Einfluss des Europarechts – Rückforderung gemeinschaftswidriger (unionsrechtswidriger) Subventionen .....	336	128
3. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Gewaltenteilung und exekutive Normsetzung .....	344	132
a) Rechtsverordnungen .....	346	132
b) Satzungen .....	360	137
c) Verwaltungsvorschriften, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und Gewaltenteilung .....	365	140
II. Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit .....	371	142
1. Grundsätzliche Bedeutung .....	372	143
2. Insbesondere: Rechtsklarheit .....	373	143
a) Klarheit und Bestimmtheit der Norm .....	374	143
b) Klarheit und Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung ..	380	145
3. Rechtssicherheit – Rückwirkungsverbot und Vertrauensschutz .....	383	146
a) Das Problem .....	387	147
b) Verbot rückwirkender Strafgesetze: Art. 103 Abs. 2 GG ..	388	148
c) IÜ: Rechtsstaatliches Rückwirkungsverbot .....	393	149
d) Vertrauensschutz außerhalb des Rückwirkungsverbots? ..	404	154
e) Europäisches Recht .....	409	155
III. Rechtsstaat und Übermaßverbot .....	415	157
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen und Inhalte des Übermaßverbots – Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	417	158
a) Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns als rechts- staatlicher Grundsatz .....	417	158
b) Die Elemente des Verhältnismäßigkeitsgebots: Legitimer Zweck, Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit .....	419	159
2. Geltungsbereich und Anwendung des Übermaßverbots ....	420	160
a) Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als Bindungsadressaten .....	420	160

b)	Anwendung des Übermaßverbots: Legitimes Handlungsziel .....	422	161
c)	Anwendung des Übermaßverbots: Geeignetheit und Erforderlichkeit .....	424	161
d)	Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn .....	426	162
e)	Geltung zwischen Hoheitsträgern? .....	431	165
f)	Europäisches Recht .....	432	165
IV.	Justizgewähr, Rechtsschutz und gerichtliches Verfahren:		
	Der Schutz der Rechtsstaatlichkeit .....	434	167
1.	Rechtsschutzgarantie und Justizgewährungsanspruch .....	434	167
a)	Der grundgesetzliche Anspruch auf Rechtsschutz .....	437	168
b)	Voraussetzungen und Tragweite der Rechtsschutzgarantie .....	440	169
2.	Gerichtsorganisation .....	446	172
a)	Gewährleistung der fachlich gegliederten Gerichtsbarkeit und eines Instanzenzugs? .....	449	172
b)	Das Recht auf den gesetzlichen Richter .....	451	173
3.	Gerichtliches Verfahren und Grundgesetz .....	456	175
a)	Das Recht auf Gehör .....	458	176
b)	Rechtsstaatlichkeit und „Fairness“ des Verfahrens, insbesondere im Strafprozess .....	460	177
V.	Das Widerstandsrecht des Art. 20 Abs. 4 GG .....	464	178
<b>§ 5</b>	<b>Das bundesstaatliche Prinzip des Grundgesetzes</b> .....	466	180
I.	Grundlagen .....	467	180
1.	Geschichtlich .....	471	181
2.	Der Bundesstaatsbegriff des Grundgesetzes .....	473	181
a)	Staatlichkeit von Bund und Ländern .....	474	182
b)	Bundesstaatliche Kompetenzordnung – unitarischer Bundesstaat oder Wettbewerbsföderalismus? .....	476	182
c)	Verfassungsautonomie der Länder und Homogenitätsprinzip .....	478	184
d)	Bundesstaatlichkeit als unantastbares Verfassungsprinzip .....	479	184
e)	Vor- und Nachteile des bundesstaatlichen Prinzips .....	481	184
3.	Bundesstaatlichkeit und Europäische Union .....	482	185
II.	Kooperativer Föderalismus und Bundestreue – die föderalen Rechtsbeziehungen .....	486	187
1.	Unitarisierung durch Kooperation – insbesondere: Staatsverträge .....	492	189
2.	Bundestreue, bundesfreundliches Verhalten .....	494	190
a)	Verfassungssystematischer Standort und grundsätzliche Bedeutung .....	494	190
b)	Insbesondere: Kompetenzschränken – Rücksichtnahme, keine Angleichung .....	496	190
c)	Insbesondere: Verfahrenspflichten .....	499	192
d)	Akzessorischer Charakter der Bundestreue – Anspruchsgrundlage? .....	501	192

III. Verwaltungskompetenzen .....	510	195
1. Der Grundsatz: Regelzuständigkeit der Länder im Verwaltungsbereich .....	514	197
2. Der Normalfall: Landeseigener Vollzug von Bundesgesetzen ..	515	197
3. Regelzuständigkeit der Länder für nicht gesetz- akzessorische Verwaltung .....	517	198
4. Abweichung vom Regelfall: Bundesauftragsverwaltung ...	520	199
5. Bundeseigene Verwaltung .....	523	200
6. Ungeschriebene Bundeskompetenzen auch für die Verwaltung? .....	526	201
7. Unzulässige Mischverwaltung und zulässige Kooperation im Bundesstaat .....	529	202
8. Bundesaufsicht, Bundeszwang, Bundesintervention .....	532	203
9. Die Bundeswehr im Grundgesetz .....	536	206
IV. Die Rechtsprechung in der bundesstaatlichen Ordnung .....	541	209
V. Die bundesstaatliche Finanz- und Haushaltsverfassung .....	545	210
1. Überblick .....	550	211
2. Der Ausgangspunkt: Gesonderte Ausgabentragung (Konnexität), Art. 104a GG .....	551	212
3. Steuerertragshoheit und Finanzausgleich .....	554	213
4. Exkurs: Kein europäischer Finanzausgleich .....	561	215
5. Verteilung der Steuergesetzgebung .....	562	215
a) Steuern und sonstige Abgaben: Begriffliche Voraus- setzungen .....	562	215
b) Zuständigkeiten .....	565	216
6. Nichtsteuerliche Abgaben .....	568	217
a) Nichtsteuerliche Abgaben und die Begrenzungs- und Schutzfunktion der Finanzverfassung .....	568	217
b) Sonderabgaben .....	572	218
7. Exkurs: Die bundesstaatliche Haushaltsverfassung – Föderalismusreform II .....	575	220
VI. Auswärtige Beziehungen und völkerrechtliche Verträge, Art. 32, 59 GG .....	583	224
1. Völkerrechtliche Verträge: Verbandskompetenz und Organkompetenz, Art. 32 und Art. 59 GG .....	586	225
2. Vertragsschluss- und Transformationsgesetz – das „Lindauer Abkommen“ .....	588	226
<b>§ 6 Staatsziele .....</b>	<b>593</b>	<b>229</b>
I. Das soziale Staatsziel .....	594	229
1. Der soziale Rechtsstaat: Grundlagen .....	597	230
a) Zur Entwicklung des Sozialstaats im Grundgesetz .....	597	230
b) Wesentliche Inhalte: Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit .....	598	230
2. Zur positiven Bindungswirkung des Sozialstaatsprinzips ...	601	232
a) Sozialstaatsprinzip als Anspruchsgrundlage? Gesetzgebung und Verwaltung als Adressaten .....	601	232
b) Sozialstaatsprinzip als Bestandsgarantie? .....	604	233
c) Sozialstaatsprinzip als Eingriffslegitimation .....	607	234
3. Zum Verhältnis von Rechtsstaat und Sozialstaat .....	608	234

II. Staatsziel Umweltschutz .....	611	236
1. Inhalt und Bedeutung der Verfassungsnorm .....	614	237
2. Bindungswirkungen .....	617	238
a) Gesetzgeber .....	617	238
b) Exekutive .....	618	238
III. Staatsziel Tierschutz .....	621	240
IV. Die Staatszielbestimmungen der Landesverfassungen .....	624	242
Teil II		
<b>Staatsorgane</b>		
<b>Zusammenfassender Ausgangsfall zu Teil II .....</b>	<b>626</b>	<b>243</b>
<b>§ 7 Der Bundestag .....</b>	<b>627</b>	<b>244</b>
I. Rechtsstellung und grundsätzliche Bedeutung des Bundestags – Verfassungskonflikte .....	634	247
II. Bildung des Bundestags, Zusammensetzung und Verfahren ...	637	249
1. Verfahrensgrundsätze und Geschäftsordnung .....	639	249
2. Ende der Wahlperiode und Neuwahlen .....	645	252
III. Abgeordneter und Fraktion .....	647	253
1. Der Abgeordnete .....	648	253
a) Überblick: Rechte des Abgeordneten .....	648	253
b) Das freie Mandat: Freiheit in der Ausübung, Repräsentation und Pflichtenstellung des Abgeordneten .....	649	254
c) Freies Mandat, Partei- und Fraktionszugehörigkeit des Abgeordneten .....	654	256
d) Parlamentarische Beteiligungsrechte des Abgeordneten: Freies Mandat und parlamentarisches Verfahren .....	657	257
e) Weitere Statusrechte des Abgeordneten .....	662	260
f) Insbesondere: Observation von Abgeordneten .....	666a	262
2. Fraktionen .....	667	262
3. Der fraktionslose Abgeordnete .....	672	265
IV. Kontrolle der Regierung: Untersuchungsausschüsse, Fragerechte .....	676	266
1. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses .....	679	267
2. Verfassungsmäßige Bestimmung des Untersuchungs- gegenstands .....	680	267
a) Bezeichnung des Untersuchungsgegenstands und Festlegung .....	680	267
b) Materielle Schranken des Untersuchungsrechts .....	681	268
3. Zum Verfahren im Untersuchungsausschuss – Beweis- erhebungsrechte .....	687	270
4. Exkurs: Landesverfassungsrecht .....	691	272
5. Fragerechte der Abgeordneten und Auskunftspflichten der Regierung .....	692	273

<b>§ 8 Der Bundesrat</b> .....	699	280
I. Rechtsstellung, Bedeutung und Zusammensetzung des Bundesrats .....	704	281
1. Zur Funktion des Bundesrats in der bundesstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes: Teilhabe der Länder an der Staatsgewalt im Bund .....	704	281
2. Zusammensetzung und Verfahren des Bundesrats .....	705	282
II. Aufgaben und Befugnisse .....	708	283
1. Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes .....	708	283
a) Einspruchs- und Zustimmungsgesetze .....	708	283
b) Reichweite der Zustimmungspflicht – Änderung des Zustimmungsgesetzes .....	713	284
2. Mitwirkung bei der Verwaltung des Bundes .....	717	286
3. Bundesrat und Europa – Art. 23 GG .....	718	286
a) EU und innerstaatliche Kompetenzverteilung .....	718	286
b) Mitwirkung des Bundesrats in EU-Angelegenheiten: Art. 23 Abs. 4 und 5 GG .....	719	287
c) Verhandlungsführer der Länder, Art. 23 Abs. 6 GG ...	722	288
d) Prozessuale Konsequenzen .....	723	288
III. Garantie der Mitwirkungsrechte – Bundesrat und „Ewigkeitsgarantie“ .....	725	289
<b>§ 9 Die Bundesregierung</b> .....	730	291
I. Die Bundesregierung als Verfassungsorgan: Rechtsstellung und grundsätzliche Bedeutung .....	735	293
II. Zwischen Politik und Recht: Bildung und Amtsdauer der Bundesregierung .....	740	295
1. Verfassungsfragen der Regierungsbildung .....	742	295
a) Kanzlerwahl .....	742a	295
b) Koalitionsvertrag .....	744a	297
2. Amtsdauer der Bundesregierung, Misstrauensvotum .....	745	298
3. Die Vertrauensfrage .....	747	298
III. Interne Organisation und Aufgabenverteilung .....	753	302
1. Kanzlerprinzip, Ressortprinzip, Kollegialprinzip – zur Aufgabenverteilung innerhalb der Bundesregierung ...	754	302
a) Systematik des Art. 65 GG .....	754	302
b) Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers .....	755	302
c) Ressortkompetenzen, Kollegialprinzip .....	758	304
2. Das Beschlussverfahren der Bundesregierung .....	763	306
IV. Einzelne Kompetenzen der Bundesregierung .....	765	307
<b>§ 10 Der Bundespräsident</b> .....	770	310
I. Rechtsstellung und Bedeutung .....	772	310
1. Stellung im Grundgesetz .....	773	310
2. Zur Gegenzeichnungspflicht .....	776	311
II. Kompetenzen des Bundespräsidenten, insbesondere das Prüfungsrecht .....	783	313
1. Ausfertigung von Gesetzen und Prüfungskompetenz .....	784	313
2. Vertretung der Bundesrepublik nach außen .....	791	316



3. Weitere Befugnisse .....	794	317
4. „Politische“ Befugnisse des Bundespräsidenten? – insbesondere: Äußerungsrecht .....	796	317
<b>Anhang zu §§ 7–10: Staatsorgane der Länder .....</b>	<b>800</b>	<b>321</b>
<b>Teil III</b>		
<b>Der Schutz der Verfassung durch die Verfassungsgerichtsbarkeit</b>		
<b>§ 11 Das Bundesverfassungsgericht .....</b>	<b>807</b>	<b>325</b>
I. Das Bundesverfassungsgericht: Bedeutung und verfassungsrechtliche Stellung .....	807	325
II. Einzelne verfassungsgerichtliche Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht .....	814	327
1. Organstreitverfahren, Art. 93 Abs. 1 Nr 1 GG; §§ 13 Nr 5, 63 ff BVerfGG .....	816	327
2. Bund-Länder-Streit, Art. 93 Abs. 1 Nr 3 GG; §§ 13 Nr 7, 68 ff BVerfGG .....	824	331
3. Sonstige föderale Streitigkeiten, Art. 93 Abs. 1 Nr 4 GG; §§ 13 Nr 8, 71, 72 BVerfGG .....	827	333
4. Die abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 Abs. 1 Nr 2 GG; §§ 13 Nr 6, 76 ff BVerfGG .....	829	334
5. Die abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 Abs. 1 Nr 2a GG; §§ 13 Nr 6a, 76 ff BVerfGG .....	833	336
6. Feststellung der Ersetzbarkeit von Bundesrecht, Art. 93 Abs. 2 GG; §§ 13 Nr 6b, 97 BVerfGG .....	836	337
7. Die konkrete Normenkontrolle (Richtervorlage), Art. 100 Abs. 1 GG; §§ 13 Nr 11, 80 ff BVerfGG .....	837	337
8. Verfassungsbeschwerden .....	841	341
9. Weitere Verfahren .....	845	342
III. Allgemeine Fragen des Verfahrens und der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts .....	851	345
1. Besonderheiten der Normprüfungsverfahren .....	852	345
a) Verfassungskonforme Auslegung .....	853	345
b) Zurückhaltung gegenüber dem Gesetzgeber .....	854	345
c) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: Nichtigserklärung oder Feststellung der Verfassungswidrigkeit .....	855	346
2. Einstweilige Anordnungen des Bundesverfassungsgerichts ..	861	348
<b>Anhang: Hinweise zu Zulässigkeitsfragen der Ausgangsfälle ....</b>	<b>865</b>	<b>350</b>
I. Organstreitverfahren .....	865	350
II. Bund-Länder-Streit .....	878	356
III. Sonstige föderale Streitigkeiten .....	882	358
IV. Normenkontrollverfahren .....	883	358
1. Abstrakte Normenkontrolle .....	884	359
2. Konkrete Normenkontrolle .....	887	360
V. Verfassungsbeschwerdeverfahren .....	889	361

<b>§ 12 Landesverfassungsgerichtsbarkeit</b> .....	896	363
I. Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern: die wichtigsten		
Verfahrensarten .....	896	363
1. Baden-Württemberg .....	897	363
2. Bayern .....	898	363
3. Berlin .....	901	365
4. Brandenburg .....	902	365
5. Bremen .....	903	366
6. Hamburg .....	904	366
7. Hessen .....	905	367
8. Mecklenburg-Vorpommern .....	907	368
9. Niedersachsen .....	908	368
10. Nordrhein-Westfalen .....	909	368
11. Rheinland-Pfalz .....	910	369
12. Saarland .....	911	369
13. Sachsen .....	912	370
14. Sachsen-Anhalt .....	913	370
15. Schleswig-Holstein .....	914	370
16. Thüringen .....	915	371
II. Bundes- und Landesverfassungsgerichtsbarkeit im Verhältnis zueinander .....	916	371
1. Der Grundsatz: Selbstständiges Nebeneinander .....	917	371
2. Insbesondere: Landesverfassungsbeschwerde wegen Verletzung von Landesgrundrechten in Anwendung von Bundesrecht .....	921	373
<b>Anhang: Schematische Übersicht zum Gesetzgebungsverfahren</b> ..		375
<i>Sachverzeichnis</i> .....		379